

Die neoliberale Integration Europas. Die Krise hat System

Judith Vorbach, Lukas Oberndorfer

Die Wirtschaftspolitik wurde seit den 80er-Jahren immer mehr entlang neoliberaler Prinzipien ausgerichtet. Genau dies bildete den Nährboden der Krise. Denn damit einher gingen eine Zuspitzung der Ungleichverteilung der Einkommen und Vermögen, eine Auseinanderentwicklung der Staaten im Euroraum und die Instabilität des Finanzsektors.

Agrund der im Raum stehenden Systemgefährdung durch einen Kollaps der Banken wurde diesen ab 2008 milliardenschwere Unterstützung mit Hilfe öffentlicher Gelder gewährt. Die Verschuldung der Staaten im Euroraum stieg im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise sprunghaft an. Gleichzeitig kam es zu einem plötzlichen Versiegen der Kredite für viele Staaten auf den privaten Finanzmärkten, nachdem vor allem auch europäische Finanzhäuser schwere Verluste erlitten hatten. Die sehr weitgehende Abhängigkeit der Euroländer von den Märkten wurde von den Staaten bewusst beschlossen und hat Kalkül, wie man zum Beispiel an der Aussage von Othmar Issing, ehemals Mitglied des EZB-Direktoriums, sehen kann: „Länder führen offenkundig nur dann Reformen durch, wenn die Märkte schlechte Politik bestrafen.“

Dabei meint er jene Art von „Reformen“, die im Rahmen der EU-Krisenpolitik nun nach dem Muster autoritärer Regelung auf Kosten der Lohnabhängigen in Europa durchgesetzt werden. Einerseits erzeugt man mit der Kürzung öffentlicher Ausgaben massiven Druck auf Sozial-, Gesundheits- und Bildungssysteme, andererseits erzwingt man unter dem Titel „Strukturreformen“ die Aushöhlung der Rechte der ArbeitnehmerInnen. Die Folge sind hohe Arbeitslosigkeit, eine schwache Wirtschaftsentwicklung und weiterhin finanzielle Instabilität.

Der Weg aus der gegenwärtigen Vielfach-Krise kann nur mit Hilfe einer solidarischen und demokratischen Wirtschaftspolitik gelingen, die im gemeinsamen Interesse der großen Mehrheit der Menschen in Europa liegt.